



Presseinformation

28.06.2012

Pressestelle

Ministerium für
Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen

Telefon 0211 871 2300/2301
Telefax 0211 871 2500

pressestelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

**Rede von Innenminister Ralf Jäger anlässlich der
Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2011**

am 28.06.2012

in Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort.



Anrede,

wir dürfen nirgendwo wegschauen, nirgendwo nachlassen. Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie! Das zeigen die aktuellen Entwicklungen im Extremismus. Ich sehe den Verfassungsschutzbericht 2011 als Auftrag an, wachsam zu sein und den Kampf gegen Extremisten mit aller Konsequenz fortzuführen.

Dabei haben wir es aktuell mit zwei besonderen Herausforderungen zu tun: dem Rechtsextremismus und dem Salafismus. Wir haben in NRW deshalb Verbotsverfahren in beiden Extremismusbereichen unterstützt und durchgeführt sowie die Aufklärungsarbeit verstärkt. Für uns gilt: handeln statt reden.

Rechtsextremismus

Tief unter die Haut sind uns die Morde des NSU gegangen. Nach Jahren erkennen zu müssen, bei der Ermittlungsarbeit den falschen Weg eingeschlagen zu haben, schmerzt. Vor allem angesichts der Zahl der Opfer und des Leids der Hinterbliebenen.

Die Taten des NSU sind meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Mahnung und Ansporn, sich weiter engagiert im Kampf gegen Rechtsextremismus und rechte Bestrebungen einzusetzen.

Wir stehen zu unserer Zusicherung gegenüber den Hinterbliebenen der Opfer. Deshalb arbeiten wir mit Hochdruck an der Aufklärung der Anschläge. Seit Monaten sichten und bewerten Polizei und Verfassungsschutz auch weit in der Vergangenheit erstellte Unterlagen. Auch um den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Berlin zu unterstützen.



Diese Aufgabe bindet viel Personal und ist mit kleinteiliger Arbeit verbunden. Dennoch wird die Arbeit von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern engagiert unterstützt. Wir werden rückhaltlos alle notwendigen Unterlagen bereit stellen und die Fragen beantworten, die zur Aufklärung beitragen. Denn nur wenn wir unsere Arbeit analysieren und ggf. auch Fehler im System aufdecken, können wir für die Zukunft daraus lernen.

Anrede,

zur effektiven Bekämpfung des Rechtsextremismus und -terrorismus hat Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene zahlreiche Maßnahmen initiiert und unterstützt.

Dazu gehören vor allem die bundesweite Einrichtung des Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus (GAR) sowie des Gemeinsamen Internetkompetenzzentrums (KIAR). Die neuen Zentren stellen die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern auf eine einheitliche Basis und werden vor allem die Kommunikation verbessern. Die von der Innenministerkonferenz eingerichtete Expertenkommission zur Analyse und Optimierung der Sicherheitsarchitektur in Deutschland unterstützen wir als Land auch personell.

Ich erwarte von der Kommission Anfang nächsten Jahres konkrete Verbesserungsvorschläge, die wir dann auch politisch diskutieren und umsetzen.



Acht-Punkte-Programm NRW

In NRW haben wir mit unserem "Acht-Punkte-Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und -terrorismus" ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir haben konkrete Taten folgen lassen!

So wurde im Landeskriminalamt eine zusätzliche Analysedienststelle für den Bereich Rechtsextremismus eingerichtet. Auch die Sonderkommissionen in den von Rechtsextremismus besonders betroffenen Polizeibezirken in Aachen, Dortmund, Wuppertal und Köln haben ihre Arbeit aufgenommen.

Besonders die im Acht-Punkte-Programm angekündigte "Erhöhung des Kontroll- und Ermittlungsdrucks" haben Sie in den letzten Wochen deutlich wahrnehmen können. Bereits im März haben wir in Zusammenarbeit mit Behörden aus Rheinland-Pfalz das sogenannte "Aktionsbüro Mittelrhein" ausgehoben, Wohnungen durchsucht und Haftbefehle vollstreckt.

Im April folgte dann der sogenannte "Freundeskreis Rade", ebenfalls mit Vollstreckung von Haftbefehlen und Durchsuchungen.

Im Mai haben wir dann die rechtsextremistische "Kameradschaft Walter Spangenberg" in Köln verboten und das Vereinsvermögen eingezogen. Es gilt das Übel an der Wurzel zu packen und den braunen Sumpf mit allen rechtlichen Möglichkeiten trockenzulegen.

Anrede,

wir halten Wort! Wir lassen den Rechtsextremisten keinen Fußbreit Platz und treten ihnen immer fester auf die Springerstiefel. Dabei sind wir längst



noch nicht müde und werden weiter Verbote aussprechen, wenn die Voraussetzungen hierfür in Nordrhein-Westfalen gegeben sind. Und wir liefern außerdem Erkenntnisse und Beweise zu und unterstützen mit unseren Kräften, wenn es um bundesweite Maßnahmen geht.

Aussteigerprogramm

Lassen Sie mich noch einen Punkt aus dem Landesprogramm herausstellen: Das "Aussteigerprogramm im Bereich Rechtsextremismus".

Bisher haben 230 Personen das Programm durchlaufen, 130 davon mit Erfolg. Derzeit befinden sich 30 Personen im Aussteigerprogramm. Unser klares Ziel ist es, die Zahl der Aussteiger weiter zu erhöhen. Denn die Interessenten werden mehr. Mit wachsendem Kontrolldruck auf die Szene stieg auch die Anzahl der Ausstiegswilligen an. Die dazugehörige Seite im Internet ist online und wir erhöhen die Anzahl der Aussteigerbetreuer. Individuelle Hilfsangebote für Frauen und Mädchen in der rechtsextremistischen Szene sollen das Aussteigerprogramm zukünftig ergänzen.

NPD-Verbotsverfahren

Ein nicht unerheblicher Teil des Verfassungsschutzberichtes betrifft auch dieses Jahr wieder die NPD. Hier gibt es ein klares Ziel: Wir wollen ein Verbot dieser rechtsextremistischen Partei! Dazu müssen allerdings die Voraussetzungen für ein Verbotsverfahren gesichert vorliegen. NRW macht seine Hausaufgaben. Alle V-Leute in Führungsgremien sind abgezogen. Mit großer Akribie bewerten meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit Monaten die Erkenntnisse, die wir in den letzten Jahren zur NPD erlangt haben. Wenn alle Ergebnisse der Länder zusammengeführt sind,



wird Ende des Jahres entschieden, ob ein erneuter Vorstoß hinsichtlich eines Verbotsantrages gemacht werden soll. Denn eines ist klar, es darf kein erneutes Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht geben!

Salafismus

Nicht minder gefährlich ist die Bedrohung durch den Salafismus. Wir haben es mit einer neuen Dimension der Gewalt durch Salafisten zu tun. Außerdem werden wir nicht zulassen, dass sie in ihrer Verblendung die Scharia über die verfassungsrechtlich garantierten Menschenrechte stellen. Es ist wichtig, dass wir Verfassungsfeinden signalisieren: Bis hierher und nicht weiter!“

Und deswegen wird gehandelt. Das Zusammenwirken von Polizei und Verfassungsschutz hat zügig zum Verbot der salafistischen Vereinigung Millatu Ibrahim Mitte Juni geführt. Denn Millatu Ibrahim ist erst 2011 erstmalig in Erscheinung getreten und so in den Fokus der Sicherheitsbehörden geraten. Die Gruppierung wurde bundesweit intensiv beobachtet und auf der Grundlage der vor allem in Nordrhein-Westfalen gewonnenen Erkenntnisse vor gut zwei Wochen verboten.

Viele E-Mails und Briefe von verunsicherten oder gar verängstigten Bürgerinnen und Bürgern haben mich nach den Ausschreitungen in Bonn und Solingen erreicht. Auf zahlreichen Veranstaltungen werde ich auf die salafistische Bedrohung angesprochen. Immer wieder mache ich dann deutlich, dass nicht der Islam das Problem ist, sondern der Missbrauch der Religion für politische Zwecke.



Doch nicht nur die gewalttätigen Auseinandersetzungen machen mir Sorgen. Auch die immer wiederkehrenden Drohbotschaften im Internet sowie die Beeinflussungen von außen sind Anzeichen für eine Gefahrenlage, die ich sehr ernst nehme.

Anrede,

seit Jahren beobachten wir im Bereich des Islamismus ein ständig wiederkehrendes Muster. Junge Menschen suchen in einer Lebenskrise oder schwierigen Entwicklungsphase nach Antworten auf ihre komplexen Fragen. Sie suchen einfache Antworten. Diese bekommen sie aus ihrer Sicht von radikalen Muslimen, ohne vorher notwendigerweise selber streng oder überhaupt gläubig gewesen zu sein. In der extremsten Form der Verblendung reisen diese jungen Menschen aus Deutschland aus, um sich dem Jihad, dem militanten Kampf zur Verbreitung des fundamentalistischen Islams anzuschließen.

Die Sicherheitsbehörden versuchen diese Reisebewegungen zu verhindern. Da in einem Rechtsstaat eine lückenlose Überwachung nicht möglich und nicht gewollt ist, gelingt dies nicht in jedem Fall. Aber wir bleiben dran! Drohvideos werden ausgewertet, Gefährder, Rückkehrer und ihre Aktivitäten werden beobachtet. Alles mit dem Ziel, Anschläge zu verhindern.

Anrede,

eine 100%ige Sicherheit kann und wird es aber nicht geben. Denn die Gefahr weitet sich durch das Internet aus. Der über das Internet radikalisierte Einzeltäter, der vorher nicht einschlägige Moscheen besucht oder Hass-



botschaften ins Netz gestellt hat, ist schwer auszumachen. Mit der Einrichtung von Internetkompetenzzentren haben wir einen wichtigen Schritt getan, um solche Gefahrenpotenziale besser zu erkennen. Doch die Sicherheitsbehörden, speziell auch der Verfassungsschutz, können und wollen nicht in jedes Wohnzimmer oder auf jeden Computerbildschirm schauen. Strenge gesetzliche Vorgaben regeln hier die Mittel, die dem Verfassungsschutz zur Verfügung stehen. Und das ist gut und richtig so.

An dieser Stelle möchte ich auf den Koalitionsvertrag hinweisen. Um den Menschen in NRW die Arbeit und die dazugehörigen Befugnisse des Verfassungsschutzes transparenter zu machen, ihnen das Vertrauen in die Arbeit des Verfassungsschutzes zurück zu geben, novellieren wir das Verfassungsschutzgesetz. Wir wollen einerseits einen leistungsfähigen Verfassungsschutz, der seinen gesetzlichen Schutzauftrag erfüllen kann. Und wir erweitern andererseits die parlamentarische Kontrolle und schaffen größtmögliche Transparenz.

Anrede,

der Koalitionsvertrag formuliert den politischen Auftrag. Zur Umsetzung und gezielten Bekämpfung eines Phänomens wie dem Salafismus brauchen unsere Sicherheitsbehörden darüber hinaus aber eine Strategie.

NRW-Doppelstrategie

Wir setzen in Nordrhein-Westfalen auf eine Doppelstrategie im Bereich des Salafismus: Erhöhter Kontrolldruck auf die salafistische Szene mit gleichzeitiger Ausweitung unseres Präventionsangebotes. Denjenigen, die unsere Verfassung negieren und diese mit Gewalt bekämpfen wollen,



senden wir ein deutliches Signal: Nordrhein-Westfalen duldet keine verfassungsfeindliche Agitation! Hiergegen werden wir mit allen rechtlichen Mitteln vorgehen.

Gleichzeitig müssen wir aber auch ein Zeichen in Richtung derjenigen senden, die anfällig sind für extremistische Botschaften: Wir respektieren ihre Glaubensüberzeugungen. Aber wir wollen auch Wege aufzeigen, wie diese in unserer Gesellschaft ohne radikale Fanatiker gelebt werden können. Am besten wäre es, wenn wir durch unsere Aufklärungsarbeit den direkten Einstieg in den gewaltbereiten Salafismus verhindern. Und befindet sich dennoch jemand in der Szene, müssen wir ihm auch hinaus helfen. Dazu werden wir ein Aussteigerprogramm entwickeln. Wir setzen dabei besonders auf die islamischen Verbände, mit denen wir den Dialog auch zu diesem Thema suchen werden.

Anrede,

lassen Sie mich zum Schluss einen Ausblick geben. Der Verfassungsschutz in NRW wird die unsäglichen Auftritte von Pro NRW als verfassungsfeindlicher Partei ebenso auswerten wie die Gewalttaten von Linksextremisten. Wir werden neue Wege bei der Bekämpfung des Islamismus gehen und bauen die Arbeit im Kampf gegen den Rechtsextremismus weiter aus.

Denn die herausgestellten Themenfelder lassen Eines ganz deutlich werden: **Wir werden nirgendwo wegschauen, nirgendwo nachlassen!**